

## Unterrichtung

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 08.07.2015

### **Norddeutsche Allianz für die Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele 2024 beziehungsweise 2028**

**Beschluss** des Landtages vom 22.01.2015 - Drs. 17/2814

Die grundsätzliche Entscheidung, dass sich Deutschland erneut um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele bewerben wird, wurde auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) am 6. Dezember 2014 getroffen. Über die deutsche Bewerberstadt für die Spiele 2024 beziehungsweise 2028 wird der DOSB am 21. März 2015 entscheiden.

Olympische Spiele bieten große Chancen, neue Impulse für die Sportlandschaft in Deutschland und über den Sport hinaus zu setzen. Vor dem Hintergrund der kritischen Diskussionen über das Konzept des IOC ist es zu begrüßen, dass Hamburg mit seiner Bewerbung deutlich macht, dass es für nachhaltige und finanzierbare Olympische Spiele steht. Die Hamburger Wirtschaft ist bereit, sich hälftig an den Kosten der Imagekampagne zu beteiligen. Hamburg selbst peilt an, die Schuldenbremse trotz Olympiabewerbung einzuhalten.

Das Land Niedersachsen begrüßt eine deutsche Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele und die Paralympischen Spiele. Hamburg bietet mit seinem nachhaltigen Konzept der Spiele am Wasser im Herzen der Stadt großartige Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb mit anderen Bewerbern zu bestehen. Von Hamburgs Bewerbung kann auch Niedersachsen stark profitieren. Im Hamburger Konzept sind bereits niedersächsische Sportstätten für olympische Wettbewerbe einbezogen. Für den Leistungs- und Breitensport in Niedersachsen für Menschen ohne und mit Behinderungen werden positive Impulse erwartet. Der Sport leistet viel, um die Ziele von Inklusion und Barrierefreiheit schneller und mit höherer Akzeptanz zu erreichen. Sport ist ein wichtiger Integrationsfaktor mit enormer gesellschaftlicher Bindungswirkung.

Die Nachhaltigkeit und die verbundene Folgenutzung von Sportstätten nehmen zunehmend eine zentrale Rolle bei der Planung sportlicher Großereignisse ein und sind für die Akzeptanz in der Bevölkerung notwendig. Die Einbeziehung niedersächsischer Sportstätten ermöglicht genau diese sinnhafte Nutzung vorhandener Sportinfrastruktur und den Verzicht auf kostspielige Neubauten in Hamburg.

Niedersachsen hat u. a. mit den Standorten Garlstorf (Landkreis Harburg, Schießen), Luhmühlen (Landkreis Harburg, Vielseitigkeitsreiten), Hannover (Fußball, Basketball, Rollstuhlbasketball), Wolfsburg und Braunschweig (beide Fußball) sowie der Nordseeküste bei Cuxhaven (Segeln) erstklassige Sportstätten, die olympiareif sind. Auch für den Olympiastützpunkt Hannover sind positive Impulse zu erwarten. Ein olympisches und paralympisches Heimspiel wäre für niedersächsische Athletinnen und Athleten die Erfüllung eines Lebensstraums.

Auch für die Tourismuswirtschaft im niedersächsischen Umland Hamburgs bietet Olympia viele Chancen. In den Hamburger „Perspektiven für eine Olympiabewerbung“ wird explizit mit Beherbergungskapazitäten im Hamburger Umland kalkuliert. Ebenso können auch die niedersächsische Wirtschaft und deren Beschäftigte insgesamt profitieren.

Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger ist für erfolgreiche Spiele unabdingbar. Dafür ist eine transparente und frühzeitige Bürgerbeteiligung wichtig. Der Hamburger Senat und der DOSB haben angekündigt, dass die Zustimmung in einer größeren Umfrage Ende Februar in den Bewerberstäd-

ten den Ausschlag geben soll, welche deutsche Stadt als Bewerber ins Rennen beim IOC geht. In Hamburg zeichnet sich ein Rückhalt in der Bevölkerung für das Bewerbungskonzept ab.

Eine solide finanzierte Bewerbung, in der soziale, ökologische und regionalplanerische Gesichtspunkte integriert sind, ist geeignet, nicht nur die Zustimmung der Hamburgerinnen und Hamburger zu erhalten, sondern auch Vertrauen in die Durchführung von Sportgroßereignissen zurückzugewinnen. Ein Wettbewerb um die beste Bewerbung ist gut, darf aber nicht zu einem Überbietungswettbewerb in Steuerfragen zulasten der deutschen Steuerzahler führen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landtag:

1. Der Landtag befürwortet grundsätzlich eine deutsche Bewerbung für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele.
2. Der Landtag begrüßt insbesondere die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele.
3. Der Landtag begrüßt die Absicht des Hamburger Olympioplanungsteams, auch die benachbarten norddeutschen Bundesländer für einzelne Sportarten konzeptionell einzubinden.
4. Sofern der DOSB der Hamburger Bewerbung den Zuschlag erteilt, wird die Landesregierung gebeten, konkrete Gespräche mit den Verantwortlichen der Freien und Hansestadt Hamburg und des DOSB über die Einbindung niedersächsischer Sportstätten in das weitere Bewertungsverfahren beim Internationalen Olympischen Komitee zu führen. Die Landesregierung wird gebeten, sich bei eventuell erforderlichen, nachhaltigen Investitionen in die Sportinfrastruktur in Niedersachsen und deren verbesserte Anbindung zu beteiligen und sich für entsprechende Zuwendungen stark zu machen.
5. Die Landesregierung wird bei einer deutschen Bewerbung mit Hamburg als Ausrichter aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die niedersächsischen Sportstätten und Austragungsorte im Rahmen der Gesamtbewerbung und bei einer möglichen begleitenden niedersächsischen Imagekampagne angemessen präsentiert werden. Ferner wird die Landesregierung gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass bei den Spielen Nachhaltigkeit, ökologische Verträglichkeit und Zukunftsfähigkeit im Sinne sinnvoller Nachnutzung zum Tragen kommen.
6. Die Landesregierung wird gebeten, den Landtag laufend und umfassend über den Sachstand der Olympiabewerbung zu informieren. Potenzielle und tatsächliche Kosten und Nutzen für das Land Niedersachsen sollen stets transparent dargestellt werden.
7. Der Landtag nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass Hannover und Wolfsburg als Austragungsorte Teil der Berliner Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele 2024 beziehungsweise 2028 sind. Im Falle einer DOSB-Entscheidung für Berlin wird die Landesregierung gebeten, sich für die weitere konzeptionelle Einbeziehung dieser und weiterer Sportstätten Niedersachsens einzusetzen.

#### **Antwort** der Landesregierung vom 07.07.2015

Unmittelbar nach der Landtagssitzung hat Innen- und Sportminister Pistorius gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Sport, Johann-Heinrich Ahlers, MdL, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Informationsveranstaltung zur Hamburger Olympiabewerbung beim Landessportbund Niedersachsen am 22.01.2015 über die Beschlussfassung informiert. Der für den Sport zuständige Hamburger Senator Michael Neumann wurde von der Landesregierung ebenfalls über den Landtagsbeschluss unterrichtet.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) hat am 21.03.2015 einstimmig folgenden Beschluss gefasst: Der DOSB bewirbt sich mit der Freien und Hansestadt Hamburg beim Internationalen Olympischen Komitee um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 und ggf. auch 2028.

Am 13.04.2015 hat eine Evaluierungskommission beim DOSB die Entscheidung getroffen, Kiel als Standort für die Segelwettbewerbe in das Bewerbungskonzept einzubeziehen. Kiel erhielt dabei aus sportfachlichen Gründen den Vorzug vor dem Mitbewerber Cuxhaven.

Das Turniergelände in Luhmühlen dürfte nach wie vor als Standort für die Wettbewerbe im Vielseitigkeitsreiten gesetzt sein. Minister Pistorius hat am 17.06.2015 die dortigen Einrichtungen und Reitstrecken besichtigt und anlässlich des Sommerfestes der IHK Lüneburg-Wolfsburg an einer Talk-Runde „Feuer und Flamme für die Olympischen Spiele 2024“ teilgenommen. Über eine mögliche Austragung der Schießwettbewerbe in Garlstorf ist bisher noch keine sportfachliche Entscheidung getroffen worden.

Für die weitere Ausgestaltung und Fortschreibung des Hamburger Bewerbungskonzeptes für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 wurde am 30.06.2015 eine Bewerbungsgesellschaft unter Leitung von Dr. Nikolas Hill, ehemals Hamburger Staatsrat der Behörde für Justiz und Gleichstellung, sowie Bernhard Schwank, DOSB-Vorstandsmitglied für Internationales/Olympiabewerbung, gegründet. Zu den Prioritäten der Arbeit der Bewerbungsgesellschaft werden u. a. die Ausarbeitung des Finanzkonzeptes, die Sportstättenplanung sowie die Vermittlung der Olympiabewerbung gegenüber der Hamburger Bevölkerung im Hinblick auf den noch ausstehenden Bürgerentscheid gehören.

Der weitere Zeitplan für die Bewerbung gestaltet sich wie folgt:

- Im Herbst dieses Jahres (voraussichtlich am 29.11.2015) werden die Hamburger Bürgerinnen und Bürger in einem Referendum über die Bewerbung abzustimmen haben. Hierfür war zunächst eine Änderung der Hamburger Landesverfassung erforderlich. Nur bei einem positiven Votum wird sich Deutschland mit Hamburg um die Austragung der Spiele förmlich bewerben. Zeitgleich sollen auch die Bürgerinnen und Bürger in Kiel über den Standort für die Olympischen Segelwettbewerbe abstimmen.
- Bereits am 15.09.2015 liegt der Stichtag für die Benennung der Bewerberstädte durch die Nationalen Olympischen Komitees (in Deutschland der DOSB). Die Bewerbungsunterlagen einschließlich der staatlichen Garantieerklärungen müssen bis 08.01.2016 beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) vorliegen.
- Im April/Mai 2016 entscheidet die Exekutive des IOC über die Kandidatenstädte (Candidate Cities) 2024. Dies könnte für einzelne Bewerberstädte (Applicant Cities) bereits das „Aus“ bedeuten.
- Im Sommer 2017 entscheidet die IOC-Vollversammlung über die Ausrichterstadt 2024. Bisherige Mitbewerber sind Boston, Paris und Rom - weitere werden erwartet.

Die Landesregierung befindet sich im Hinblick auf die niedersächsische Unterstützung der Hamburger Bewerbung insbesondere über die Sportreferentenkonferenz im ständigen Kontakt zur Hamburger Sportverwaltung.